

## Entschließungsantrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE „Notwendigen gesellschaftlichen Dialog zur Energiepolitik friedlich führen - Akzeptanz der Energiewende sichern“ (Drucksache 6/4291)

### **Energiewende vorantreiben - Klimaschutzziele umsetzen**

Der Landtag möge beschließen:

Um die Beschlüsse der Weltklimakonferenz in Paris umzusetzen, braucht es mehr Engagement für den Klimaschutz. Die Landesregierung wird daher aufgefordert das Ziel der Energiestrategie, die energiebedingten Treibhausgasemissionen bis 2030 um 72 % zu reduzieren, konsequent umzusetzen. Ohne einen mittelfristigen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung kann dieses Ziel nicht erreicht werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, bis zum 31. März 2017 einen Ausstiegsplan aus der Braunkohleverstromung in Brandenburg vorzulegen.

### **Begründung:**

Die internationale Gemeinschaft hat sich auf der Pariser UN-Klimakonferenz auf eine Vereinbarung zur Begrenzung der Erderwärmung unter zwei Grad verständigt. Brandenburg darf sich den Beschlüssen nicht verweigern, indem es aus ideologischen Gründen weiterhin auf die Verstromung der erheblich umwelt- und klimafeindlichen Braunkohle setzt. Die unzähligen Proteste auf fast allen Kontinenten der Erde im Mai dieses Jahres zeigt, dass sich eine neue Umweltbewegung entwickelt, die sich nicht mehr mit den Status quo zufrieden geben will, sondern eine konsequente Energiewende ohne Kohle und Atom fordert. Ein längerfristiger Weiterbetrieb und Aufschluss neuer Tagebaue ist inkompatibel mit den Brandenburger Klimazielen. Gerade auf die Braunkohleregionen kommen zunächst einmal große Herausforderungen eines strukturellen Wandels zu. Da die Energiewende ein nationales, gesamtdeutsches Projekt ist, sollte es zu einem Lastenausgleich zwischen den Regionen kommen.

Der mit der Umsetzung der Energiestrategie verbundene Ausbau der Wind- und Solarenergie und der Strukturwandel in der Lausitz sind keine Bedrohung. Sie sind eine Chance, in Brandenburg neue Arbeitsplätze zu schaffen und eine hohe regionale Wertschöpfung langfristig zu sichern. Die Energiewende erfordert Investitionen in den Wandel. Diese Investitionen rechnen sich jedoch, weil die Kosten zur Anpassung an den Klimawandel und zur Beseitigung von Umweltschäden gesenkt werden. Über die Kosten, die bei der Beseitigung der Schäden durch die Braunkohle entstehen,

wurde viel zu lange ein Mantel des Schweigens ausgebreitet. Die Unfähigkeit, die Belastungen der Spree mit Eisenoxid und Eisenocker in den Griff zu bekommen, zeigt, dass sich sowohl die Landesregierung als auch die Betreiber der Tagebaue bisher zu wenig Gedanken um die Kosten für die Umwelt gemacht haben. Zumal beim potentiellen neuen Bergbaubetreiber die Sicherung der Rückstellung fraglich ist, wie ein aktuelles Gutachten belegt.

Die bisherigen Erfolge der Energiewende zeigen, dass ein zügiger Umstieg auf Erneuerbare Energien zu verträglichen Kosten möglich ist: Wind- und Solarenergie sind für 8 Cent pro Kilowattstunde zu haben. Ihre Kosten sinken weiter, wie auch die Kosten für Speichertechnologien. Der Ausbau von Speichern und Netzen kann parallel zum Aufbau erneuerbarer Erzeugungskapazitäten erfolgen, wenn Anreize zur flexiblen Erzeugung und Nutzung von Strom gesetzt werden. Der Strom aus Braunkohle wird im Energiesystem der Zukunft immer weniger gebraucht. „80 Prozent Erneuerbare sind kein Problem“, erklärte Boris Schucht, CEO 50Hertz Transmission GmbH (vgl. Tagesspiegel 6. Juni 2016). Die Vorstellung, man brauche bei der Integration erneuerbarer Energien sofort mehr Flexibilität im System, bezeichnete Schucht als Mythos. Speicher oder abschaltbare Lasten oder Backup-Kraftwerke brauche man derzeit noch nicht. Der Netzbetreiber habe viel mehr Flexibilität im System, als benötigt werde.

Eine ökonomisch vorausschauende und sozialverträgliche Energie- und Klimapolitik macht es deshalb erforderlich, die möglichen sozio-ökonomischen Folgen eines sukzessiven Kohleausstiegs in Brandenburg ermitteln und proaktiv Prozesse für die Entwicklung neuer Perspektiven anzustoßen und politische Instrumentarien zur Unterstützung der Bergbauregion zu entwickeln. Dieser Wandel in der Braunkohlewirtschaft muss für die betroffenen Arbeitnehmer und Unternehmen verbindlich und berechenbar ablaufen.

Axel Vogel  
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN